

Landesregierung lässt 200 Millionen Euro aus Berlin verfallen

FINANZEN Allein 38 Millionen für Kitas nicht abgerufen – Lange Planverfahren als Grund

VON GÜNTHER M. WIEDEMANN

Düsseldorf. Trotz kräftig sprudelnder Steuerquellen schwimmt die Landesregierung nicht in Geld. 2011 musste sie sich drei Milliarden Euro auf dem Kreditmarkt leihen, um die Ausgaben finanzieren zu können. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat des Öfteren gefordert, die Finanzhilfen des Bundes an die Länder müssten umgeschichtet werden, ein „Vorrang West“ sei angesagt. Im Haushaltsausschuss des Landtages hat Finanzminister Norbert Walter-Borjans jedoch eingeräumt, dass die Regierung längst nicht alle Mittel in Berlin abrufen, die dort für NRW bereitliegen.

Besonders bemerkenswert ist das beim Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. NRW muss bis August 2013 noch 44 000 Plätze schaffen, um die geforderte Quote einzuhalten; ein Drittel der Kleinkinder sollen eine Betreuungsmöglichkeit erhalten. Für den Ausbau hatte der Bund im letzten Jahr für NRW 79,4 Millionen Euro eingeplant. Abgerufen hat das Land aber nur gut die Hälfte: 38 Millionen Euro konnte der Bund behalten. Das geht aus einer vertraulichen Vorlage des NRW-Finanzministers an die Haushaltsexperten des Landtages hervor. Das Papier liegt dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ vor.

Ein ähnliches Sorgenkind wie die Kinderbetreuung ist der öffentliche Nahverkehr in NRW. Auch hier hat das Land Geld nicht in voller Höhe beim Bund abgerufen: Mindestens 80 Millionen Euro

konnte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble behalten. Auch bei der Wirtschaftsförderung hat die Landesregierung die Bundeshilfe nicht vollständig genutzt. Zuschüsse der EU sind ebenfalls nicht vollständig abgerufen worden. Insgesamt sind so gut 200 Millionen Euro „verloren“ gegangen. Aus Kreisen der Düsseldorfer Landesregierung verlautet, es komme immer wieder vor, dass langwierige Planungs-

„ Auch beim Nahverkehr und für die Wirtschaftsförderung gab es mehr Zuschüsse als NRW beantragte

Vergabeverfahren den rechtzeitigen Abfluss von Fördergeld verzögerten oder sogar verhindern.

In einigen Ministerien macht Rot-Grün dafür auch noch die alte Landesregierung mitverantwortlich. Sie habe Beratungsstrukturen so radikal beschnitten, dass 2011 Kapazitäten fehlten, um fundierte Anträge für Förderprojekte einzureichen.



Norbert Walter-Borjans

BILD: DPA